

### TOP 3.4.7 Sharing- und On-Demand-Economy in Wien

Die Studie „The Big Transformers – Sharing- und On-Demand-Economy auf dem Vormarsch (kurz: „Share Economy“)" wurde von „europaforum wien“ im Auftrag der Stadt Wien (MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik) erstellt und am 11. Mai 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Am 23. Juli 2015 lud die Magistratsdirektion der Stadt Wien im breiten Kreis zur Besprechung der Studienergebnisse ein. Diese Besprechung sollte die Möglichkeit bieten, verschiedene Standpunkte und mögliche Szenarien zu diskutieren.

Die Ökonomie des Teilens galt und gilt vielfach als Hoffnungsträger für mehr soziale Verantwortung und Ressourcenschonung. Tatsächlich spiegeln Initiativen wie Nachbarschaftsgärten, Food-Sharing, privates Car-Sharing etc. neue Einstellungen zu persönlichem Besitz und dem damit verbundenen Status wider. Sie stehen bisweilen auch für ein Wertesystem, das der Konsumorientierung und dem Wachstumsmodell der kapitalistischen Gesellschaft kritisch gegenüber steht. Neben dieser altruistischen Ausprägung hat sich in den letzten Jahren aber auch eine kommerziell geprägte „Share Economy“ entwickelt. „Teilen statt besitzen“ ist zum Geschäftsmodell geworden und wird damit auch für den Mainstream der KonsumentInnen interessant. Neue Technologien schaffen neue Möglichkeiten, Jobs und Jobsuchende, Unternehmen und KundInnen rasch und bedarfsorientiert zusammenzubringen.

Die Dynamik dieses neuen Marktsegments ist hoch, innerhalb von wenigen Jahren hat sich in Österreich und Deutschland (wie auch in anderen Ländern) eine bunte Sharing- und Plattform-Landschaft entwickelt, die Putzservices und Essen ebenso anbietet wie Finanzdienstleistungen.

Diese Entwicklung kann mehr Freiheit und berufliche Möglichkeiten für Menschen abseits unternehmerischer Hierarchien bringen. Sie bringt aber auch mehr Unsicherheit und jedenfalls neue Herausforderungen für sozialstaatliche Sicherungssysteme, die auf Normarbeitsplätze ausgerichtet sind und kann bislang gesicherte arbeitsrechtliche und gewerkschaftliche Standards unter Druck bringen.

Die konkreten Auswirkungen dieser ökonomischen und gesellschaftlichen Verschiebungen erfordern jedenfalls eine umfassende Analyse, um den Adaptionsbedarf bestehender Regulierungssysteme abschätzen zu können. Die vorliegende Studie ist dafür ein erster Schritt und legt den Fokus primär auf die Auswirkungen von Sharing- und On-Demand-Economy auf das Transport- und Beherbergungswesen am Beispiel des Taxikonkurrenten "Uber" und der Hotelalternative "Airbnb".

Uber ermöglicht es Privatpersonen, mit ihrem eigenen PKW Personenbeförderungen durchzuführen. Die traditionelle Sharing-Idee von Mitfahrgemeinschaften und Car-Pooling wird dadurch auf eine neue, globale Ebene gehoben. Airbnb gibt Privatpersonen (und kommerziellen Anbietern) die Möglichkeit, ihre temporär vermietbaren Zimmer, Wohnungen oder Häuser auf einer global zugänglichen Plattform zu platzieren. Die NutzerInnen können mittlerweile in unzähligen Städten aus einem vergleichsweise günstigen und umfangreichen Angebot wählen.

Die Plattformen finanzieren sich über eine Vermittlungsgebühr. Aufgrund dieses Geschäftsmodells und ihrer Marktmacht (der Unternehmenswert von Airbnb wurde 2014 auf rund 18 Mrd. Dollar geschätzt) treten Uber und Airbnb in direkte Konkurrenz zu lokalen Anbietern von Taxi- und traditionellen Mietwagengewerbe sowie der Hotelbranche und herkömmlichen Privatpensionen. Durch das Internet können potenzielle NutzerInnen von Dienstleistungen und Produkten in Sekundenschnelle miteinander vernetzt werden – und das auf globaler Ebene. Nationale Steuer- oder Sozialversicherungssysteme oder ArbeitnehmerInnen- und KonsumentInnen-Rechte spielen für diese Geschäftsmodelle keine Rolle mehr.

In der eingangs erwähnten Studienbesprechung, zu der ein breites Spektrum an VertreterInnen diverser Institutionen, mit deutlichem Schwerpunkt im Bereich Wirtschaftskammer und Innung (insbesondere der beiden betroffenen Sparten "Tourismus und Freizeitwirtschaft" sowie "Transport und Verkehr"), eingeladen wurde, lag der Fokus der Diskussion auf drohenden bzw bereits eingetretenen Nachteilen durch Wettbewerbsverzerrungen. Insbesondere die VertreterInnen der Wirtschaftskammer sowie der jeweiligen Innungen, beklagten die geringen Möglichkeiten der Reglementierung – sowohl der Online-Vermittlungsplattformen, als auch der DienstleistungsanbieterInnen vor Ort. Dadurch entstünden einerseits Nachteile für die KonsumentInnen (zB bei Qualität, Sicherheit und allfälligen Haftungsfragen) und andererseits auch für die Wiener Unternehmen der betroffenen Branchen (Stichwort: "Schmutzkonkurrenz"). DienstleistungsanbieterInnen von Airbnb und Uber könnten nur schwer kontrolliert werden und hielten sich daher nicht an gängige Vorschriften, Normen und Rechtslagen. In weiterer Folge können sie daher zu deutlich billigeren Konditionen anbieten und zerstören den Markt. Weiters wurden auch Problematiken, die sich aus der systematischen Unterbietung arbeits- und sozialrechtlicher Standards ergeben, thematisiert. Hier wurden insbesondere die ohnehin schon sehr prekären Beschäftigungsverhältnisse im Taxigewerbe thematisiert.

Die Stadt Wien will nun Möglichkeiten für rechtliche Rahmenbedingungen für den Umgang mit der „Share Economy“ erarbeiten. Problemfelder sind dabei auch Steuerentgang und Haftungsfragen. Ziel ist es, ein der Sharing- und On-Demand-Economy adäquates Regelwerk zu finden, das für fairen Wettbewerb ebenso sorgt wie für Schutzmechanismen für KonsumentInnen sowie Beschäftigte. Unter Federführung der Magistratsdirektion wurde daher eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die entsprechende Handlungsgrundlagen für die Stadt erarbeiten wird. Folgend auf diese erste Besprechung wurden weitere Diskussionsrunden vereinbart, in der vertiefende Gespräche geführt werden sollen.